

Große Anfrage

der Fraktion der AfD

und

Antwort

der Landesregierung

Agrarstrukturwandel und flächenabhängige Agrarzahungen

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung seit 2010 die Struktur der Rechtsformen der landwirtschaftlichen Betriebe verändert (bitte für 2010, 2013 und 2016 und die Formen Familienunternehmen [Einzelunternehmen], Personengesellschaften, Betriebe juristischer Personen angeben)?
2. Wie bewertet sie diese Entwicklung vor dem Hintergrund der bisherigen Politikziele der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU und deren Umsetzung in der Landespolitik seit den Fischler-Reformen Anfang der 90er-Jahre?
3. Wie haben sich nach Kenntnis der Landesregierung die Preise für landwirtschaftliche Flächen (Pacht- und Kaufpreise) in den Jahren seit 2007 entwickelt (bitte soweit möglich nach Jahr und Region aufschlüsseln)?
4. Wie bewertet die Landesregierung diese Entwicklung vor dem Hintergrund der Diskussion, dass die bisherige Politik der Flächensubventionen wie auch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) über die Biogasförderung tendenziell zu höheren Pachtpreisen geführt hat?
5. Welcher Gesamtwert an Zahlungsansprüchen aus der sogenannten ersten Säule (Basis-, Greening-, Umverteilungs- und Junglandwirteprämie, ohne Marktordnungsausgaben) entfiel nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 auf 0,1, 0,2, 0,5, 1, 2, 5, 10, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 75, 80, 90 und 100 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe (Nennung bitte absteigend mit den 0,1 größten Prozent beginnend, mit der Zahl der betreffenden Betriebe)?
6. Welcher Gesamtwert an Zahlungsansprüchen aus der sogenannten ersten Säule (nur Marktordnungsausgaben) entfiel nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 auf 1, 2, 5, 10, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 75, 80, 90 und 100 Prozent der Empfänger (bitte auflisten nach Branche und Zahl der Empfänger absteigend mit den 1 größten Prozent beginnend)?

7. Welcher Gesamtwert an Zahlungsansprüchen aus folgenden Programmen der sogenannten zweiten Säule, nämlich Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT), Landschaftspflegegerichtlinie (LPR) und Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete (AZL) entfiel nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 auf 0.1, 0.2, 0.5, 1, 2, 5, 10, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 75, 80, 90 und 100 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe (absteigend mit den 0.1 größten Prozent, beginnend mit der Zahl der betreffenden Betriebe)?
8. Welcher Gesamtwert an Zahlungsansprüchen aus dem Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT), daraus Maßnahmenbereich D „Ökologischer Landbau“ entfiel nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 auf 0.1, 0.2, 0.5, 1, 2, 5, 10, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 75, 80, 90 und 100 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe (absteigend mit den 0.1 größten Prozent beginnend, bitte Auflistung getrennt nach Einführung Ökolandbau Ackerbau/Grünland, Gartenbau, Dauerkulturen sowie Beibehaltung Ökolandbau Ackerbau/Grünland, Gartenbau, Dauerkulturen, mit der Zahl der betreffenden Betriebe)?
9. Welcher Gesamtwert an Zahlungsansprüchen aus dem Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) entfiel nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 auf 0.1, 0.2, 0.5, 1, 2, 5, 10, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 75, 80, 90 und 100 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe (absteigend mit den 0.1 größten Prozent, beginnend mit der Zahl der betreffenden Betriebe)?
10. Welcher Gesamtwert an Zahlungsansprüchen aus der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) entfiel nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 auf 1, 2, 5, 10, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 75, 80, 90 und 100 Prozent der Empfänger (bitte auflisten nach Branche oder Name der öffentlichen Institution und Zahl der Empfänger, absteigend mit den 1 größten Prozent beginnend)?
11. Wie viele Betriebe (absolut und prozentual) wären in den Jahren 2015 und 2016 nach Kenntnis der Landesregierung von einer Kappung der flächengebundenen Zahlungen bei 60.000 Euro, 100.000 Euro, 120.000 Euro und 150.000 Euro betroffen gewesen?
12. In welcher Höhe wären dadurch finanzielle Mittel freigesetzt worden?
13. In welcher Höhe haben Industrie-, Handels- oder andere nichtlandwirtschaftliche Unternehmen oder öffentliche Institutionen nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2014, 2015 und 2016 Agrarzahlen erhalten (bitte die 25 Unternehmen mit den höchsten Zahlungen angeben, erstatteter Gesamtbetrag, Summe aller Agrarzahlen und Art der Agrarzahlung – beispielsweise Agrarmarktmaßnahme/Ausfuhrerstattung, Direktzahlung/Greeningprämie)?
14. Welche politischen Positionen hat die Landesregierung in den seit März 2017 (Workshop im Außenministerium in Berlin) laufenden Verhandlungen für die Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik vertreten?
15. Zu welchen Terminen in welchen Institutionen waren dabei welche Personen als Verhandlungspartner vom Land als Teilnehmer entsandt?
16. Wie möchte die Landesregierung die Entwicklung des in der Mitteilung von Agrarkommissar Hogan vom 29. November 2017 angestrebten Strategieplans zur Umsetzung der Ziele der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2020 möglichst offen, transparent und unter möglichst frühzeitiger Beteiligung betroffener Bürger, Steuerzahler, Landwirte gestalten und organisieren in Anlehnung an das Verfahren, wie die EU auch öffentliche Konsultationen dazu veranstaltet hat?

17. Wie bewertet sie aus ihrer Sicht die aktuelle politische Diskussion um die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik, die unter anderem bei einer „Lunch Debate“ in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg in Brüssel am 24. Januar 2018 von Prof. H. vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung ZEW in Mannheim mit Unterstützung der Bertelsmann-Stiftung oder von EU-Kommissar Oettinger geführt wurde?
18. Wie möchte sie insbesondere der Forderung aus der Mitteilung von Kommissar Hogan, auch in der Gemeinsamen Agrarpolitik „zur Migrationsagenda der Europäischen Kommission beizutragen“, im Rahmen des von ihm geforderten Strategieplans nachkommen?
19. Wie gedenkt sie, die Bürger, Steuerzahler und Bauern über diese aktuelle Diskussion zu informieren, die in der Vertretung des Landes stattgefunden hat, deren wesentliche Beiträge jedoch nur in englischer Sprache vorliegen und bisher mit keiner Pressemitteilung der Regierung den Bürgern vermittelt wurden?

26.03.2018

Gögel
und Fraktion

Begründung

Die Diskussion um die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU geht dieses Jahr in eine entscheidende Phase. EU-Kommissar Oettinger kündigte an, dass die Zahlungen der EU an die Landwirtschaft generell sinken sollen, von zehn Prozent Senkung jährlich war zu lesen. Prof. H. vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung ZEW in Mannheim mit finanzieller Unterstützung durch die Bertelsmann-Stiftung möchte im Endeffekt zwar die Gelder, die bisher aus den Staaten für die GAP nach Brüssel geflossen sind, in den Händen und Töpfen der EU belassen, er sieht aber Aufgaben wie Asyl- und Flüchtlingspolitik, den Aufbau einer europäischen Armee, einer europäischen Arbeitslosenversicherung oder andere Politikfelder als wichtiger an und möchte die bisher für die Gemeinsame Agrarpolitik verwendeten Gelder in diese Bereiche fließen lassen. Diese Diskussionen finden auch in der Vertretung des Landes in Brüssel statt und die Landesregierung ist an dieser Diskussion auch an anderen Orten und Zusammenhängen beteiligt. Die Bürger haben ein Recht und dringendes Interesse, in diese Diskussionen möglichst früh einbezogen und dazu gut informiert zu werden. Die Beträge und Auswirkungen der bisher geleisteten Zahlungen sind für diese Diskussion eine wichtige Grundlage.

Antwort

Schreiben des Staatsministeriums vom 8. Mai 2018 Nr. III-8400.:

In der Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Murawski
Staatsminister
und Chef der Staatskanzlei

Anlage: Schreiben des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Mit Schreiben vom 8. Mai 2018 Nr. Z(20)-0141.5/272F beantwortet das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz im Namen der Landesregierung die Große Anfrage wie folgt:

1. *Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung seit 2010 die Struktur der Rechtsformen der landwirtschaftlichen Betriebe verändert (bitte für 2010, 2013 und 2016 und die Formen Familienunternehmen [Einzelunternehmen], Personengesellschaften, Betriebe juristischer Personen angeben)?*

Zu 1.:

Die große Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg wird als Familienbetrieb, als sogenanntes Einzelunternehmen, geführt.

Gemeinschaftliche Betriebsformen nehmen über die Jahre leicht zu. Hierbei wird häufig z. B. im Rahmen des Generationswechsels die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) als Rechtsform gewählt, um die nachfolgende Generation in die Unternehmensführung einzubinden.

Andere Rechtsformen in Form juristischer Personen wie GmbHs oder Genossenschaften haben in der Landwirtschaft zahlenmäßig nur geringe Bedeutung (siehe Tabelle 1: Rechtsformen landwirtschaftlicher Betriebe in Baden-Württemberg).

Tabelle 1: Rechtsformen landwirtschaftlicher Betriebe in Baden-Württemberg

Jahr	landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	davon Betriebe der Rechtsformen		
		natürliche Personen		juristische Personen
		Einzelunternehmen	Personengemeinschaften, -gesellschaften	
Betriebe in 1.000				
2010	44,5	40,5	3,7	0,3
2013	42,4	38,2	3,9	0,3
2016	40,6	36,1	4,1	0,3

Landwirtschaftliche Betriebe ab 5 ha LF oder mit Mindesterzeugungseinheiten.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2017.

2. *Wie bewertet sie diese Entwicklung vor dem Hintergrund der bisherigen Politikziele der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU und deren Umsetzung in der Landespolitik seit den Fischler-Reformen Anfang der 90er-Jahre?*

Zu 2.:

Die Landesregierung sieht in den dargestellten Zahlen die Bestätigung, dass sich die Politik der EU und des Landes im Agrarbereich, was die Entwicklung der Struktur der Rechtsformen betrifft, grundsätzlich bewährt hat.

3. *Wie haben sich nach Kenntnis der Landesregierung die Preise für landwirtschaftliche Flächen (Pacht- und Kaufpreise) in den Jahren seit 2007 entwickelt (bitte soweit möglich nach Jahr und Region aufschlüsseln)?*

Zu 3.:

Pachtpreise: Statistische Angaben zu Pachtpreisen für landwirtschaftlich genutzte Flächen liegen nur auf Landesebene vor und werden nur in einem dreijährigen Rhythmus im Rahmen der Agrarstrukturerhebung erhoben (siehe Tabelle 2 Durchschnittliche Pachtzahlungen für landwirtschaftlich genutzte Flächen).

Das Pachtentgelt betrug im Jahr 2016 im Mittel aller Nutzungsarten 237 Euro je Hektar (Euro/ha) und lag damit fast ein Zehntel (+9,7 Prozent) über dem Niveau des Jahres 2013 (216 Euro/ha). Für Ackerland (270 Euro/ha, +9,8 Prozent) wurde

dabei im Mittel deutlich mehr entrichtet als für Grünland (141 Euro/ha, +9,3 Prozent).

Die Entwicklung der durchschnittlichen Pachtentgelte für alle Pachtungen (Bestands- und Neupachtungen) gibt allerdings die Dynamik der Preisentwicklung nicht vollständig wieder, wie das Statistische Landesamt in einer Pressemitteilung vom Juni 2017 ausführt. Für Neupachtungen innerhalb der letzten zwei Jahre wurde ein mittlerer Pachtpreis von 342 Euro/ha vereinbart. Das mittlere Pachtentgelt liegt bei neu abgeschlossenen Pachtverträgen damit um 44 Prozent über dem durchschnittlichen Niveau aller Pachtungen.

Tabelle 2: Durchschnittliche Pachtzahlungen für landwirtschaftlich genutzte Flächen

	Einheit	2007*	2010	2013	2016
Jahrespachtentgelt für gepachtete LF insgesamt	Euro/ha	189	197	216	237
Ackerland	Euro/ha	210	221	246	270
Dauergrünland	Euro/ha	166	117	129	141

* 2007 nur eingeschränkt vergleichbar. Ab 2010: Landwirtschaftliche Betriebe ab 5 ha LF oder mit Mindesterzeugungseinheiten.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2017.

Kaufwerte: Statistische Auswertungen zu den Kaufpreisen werden über die Kaufwertstatistik abgebildet. Die Kaufwertstatistik beruht auf Meldungen der Finanzämter gemäß § 2 Nr. 5 und § 7 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605) und erstreckt sich auf alle Kauffälle mit einer Grundstücksgröße von mindestens 0,1 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN).

Hinweis: Die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung umfasst im Wesentlichen Acker- und Grünlandflächen, die bei der Einheitsbewertung zum landwirtschaftlichen Vermögen gerechnet werden.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes wurden in Baden-Württemberg im Jahr 2016 knapp 5.100 Verkaufsfälle für landwirtschaftliche Flächen (ohne Gebäude und ohne Inventar) durchgeführt und damit knapp 3 Prozent weniger als im Vorjahr. Allerdings wechselte bei diesen Verkäufen 4 Prozent mehr Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN1) – insgesamt 4.137 Hektar (ha) – das Eigentum. Durchschnittlich erhielten die Veräußerer 24.330 Euro/ha, was einen Preisrückgang binnen Jahresfrist um 1,5 Prozent bedeutet. Während im Vorjahr noch 0,76 ha je Verkaufsfall den Eigentümer wechselten, waren es im Jahr 2016 bereits 0,81 ha. Hier scheint die gesunkene Anzahl von Verkaufsfällen bei gleichzeitig mehr verkaufter FdIN Auswirkungen in Form eines durchschnittlich niedrigeren Kaufpreises zu zeigen.

Zwei Fünftel der Kauffälle (2.038) betrafen lediglich 8 Prozent der verkauften FdIN mit unter 25 Ar (a), erzielten jedoch zugleich den durchschnittlich höchsten Kaufwert mit knapp 30.000 Euro. Solch hohe Kaufpreise werden oftmals unabhängig von der Bodenqualität, welche ausschlaggebend für zukünftig realisierbare Erträge ist, u. a. aufgrund folgender Faktoren erzielt:

Die verkaufte Fläche liegt in einem Ballungszentrum, in dem verfügbare Fläche Mangelware ist, oder der potenzielle Erwerber besitzt bereits angrenzende Flurstücke, möchte deswegen kleinere Flächen zu einer großen, effizienter bewirtschaftbaren Fläche zusammenführen und ist bereit, mehr als den Marktwert zu bezahlen.

Ein deutlich niedrigerer durchschnittlicher Kaufwert je Hektar von 23.000 Euro bis zu 24.300 Euro wurde in den anderen Größenklassen mit FdIN ab 25 a aufwärts erzielt. Damit wurden in 60 Prozent der Kauffälle über neun Zehntel der Fläche veräußert bzw. erworben.

Bei den 1.105 Veräußerungen von über einem Hektar FdIN wurde auch die Nutzungsart der gut 2.800 ha übertragenen FdIN festgehalten: Ein gutes Drittel

(37 Prozent) dieser FdIN war ertragreiches Ackerland, das im Durchschnitt einen Kaufwert von 27.000 Euro/ha erzielte. In knapp 9 Prozent der Kauffälle wurde Dauergrünland erworben, welches zu durchschnittlich 16.000 Euro/ha gehandelt wurde. Die verbleibenden 55 Prozent der FdIN über einem Hektar betrafen Mischnutzungen.

Regional betrachtet liegen die erzielten Kaufpreise je Hektar FdIN in 24 Kreisen über dem Landesdurchschnitt von 24.330 Euro, an einsamer Spitze allen voran Stuttgart mit annähernd 168.000 Euro/ha. In den verbleibenden 20 Kreisen, in denen der Kaufwert je Hektar unter dem Landesdurchschnitt lag, konnten die Erwerber teils deutlich günstigere Kaufpreise aushandeln. Aus nachfolgender Tabelle 3: Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke, können diese für die Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs für die Jahre 2007, 2010, 2013 und 2016 entnommen werden. (Eine jährliche Aufstellung gibt es nicht).

Tabelle 3: Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke

Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke*) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs in den Jahren 2007, 2010, 2013 und 2016					
Kreis Land		Kaufpreis je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung			
		im Jahr			
		2007	2010	2013	2016
		in EUR			
Baden-Württemberg	LD	18 305	19 824	21 604	24 330
Stuttgart, Landeshauptstadt	SKR	115 476	97 762	129 588	167 613
Böblingen	LKR	32 848	36 761	31 008	32 818
Esslingen	LKR	24 730	39 942	28 768	28 026
Göppingen	LKR	16 831	23 221	19 639	21 945
Ludwigsburg	LKR	34 984	34 371	37 787	40 349
Rems-Murr-Kreis	LKR	25 350	27 915	23 861	27 942
Heilbronn	SKR	25 885	41 022	30 290	35 188
Heilbronn	LKR	26 711	21 670	23 334	29 625
Hohenlohekreis	LKR	19 094	20 865	25 548	26 630
Schwäbisch Hall	LKR	17 299	18 138	24 719	27 294
Main-Tauber-Kreis	LKR	10 205	12 456	14 929	16 986
Heidenheim	LKR	16 903	18 453	27 353	28 885
Ostalbkreis	LKR	16 557	16 760	22 052	31 761
Baden-Baden	SKR	28 554	14 109	19 902	7 532
Karlsruhe	SKR	53 850	37 743	75 365	31 656
Karlsruhe	LKR	32 122	24 853	25 001	25 652
Rastatt	LKR	19 864	26 227	19 789	19 009
Heidelberg	SKR	124 606	119 753	136 696	.
Mannheim	SKR	49 671	73 064	–	–
Neckar-Odenwald-Kreis	LKR	9 403	10 503	12 410	12 773
Rhein-Neckar-Kreis	LKR	40 704	39 263	24 106	26 480
Pforzheim	SKR	54 274	65 796	26 875	25 433
Calw	LKR	14 131	15 085	15 181	18 422
Enzkreis	LKR	21 733	21 578	21 671	21 531
Freudenstadt	LKR	11 510	12 760	10 402	16 504
Freiburg im Breisgau	SKR	33 626	28 731	28 833	44 386
Breisgau-Hochschwarzwald	LKR	21 209	21 802	21 272	23 374
Emmendingen	LKR	21 366	24 270	24 063	26 684
Ortenaukreis	LKR	21 317	19 244	18 904	21 606
Rottweil	LKR	11 344	11 390	11 824	13 509
Schwarzwald-Baar-Kreis	LKR	10 646	12 835	13 432	14 490
Tuttlingen	LKR	8 988	8 671	11 057	13 399
Konstanz	LKR	14 199	13 698	17 926	19 943
Lörrach	LKR	16 037	15 602	14 523	16 873
Waldshut	LKR	10 088	12 822	1 259	17 872
Reutlingen	LKR	15 002	12 940	15 769	18 833
Tübingen	LKR	20 499	24 714	23 852	25 664
Zollernalbkreis	LKR	9 649	11 627	14 004	15 746
Ulm	SKR	52 016	48 200	–	.
Alb-Donau-Kreis	LKR	23 282	24 867	31 043	36 074
Biberach	LKR	16 589	20 346	25 085	33 670
Bodenseekreis	LKR	21 105	24 200	22 754	30 306
Ravensburg	LKR	13 452	18 348	26 764	25 637
Sigmaringen	LKR	10 549	13 546	18 700	20 401

*) Ohne Gebäude und ohne Inventar.

Datenquelle: – Kaufwertstatistik für landwirtschaftliche Grundstücke

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2018

Legende: LD: Landesdurchschnitt; SKR: Stadtkreis; LKR: Landkreis

4. *Wie bewertet die Landesregierung diese Entwicklung vor dem Hintergrund der Diskussion, dass die bisherige Politik der Flächensubventionen wie auch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) über die Biogasförderung tendenziell zu höheren Pachtpreisen geführt hat?*

Zu 4.:

Es sind viele Faktoren, die bestimmen, ob Bewirtschafter bereit sind, regional höhere Pachtpreise zu bezahlen. Dabei spielen neben der Nachfrage an Substrat für Biogasanlagen z. B. die Flächenausstattung, die Viehdichte und die Direktzahlungen eine Rolle. Ebenso können die Betriebsgröße und die Bodenqualität oder die Bevölkerungsdichte und Schutzgebiete einen Einfluss auf die Preise haben.

Die Biogasförderung über das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) hat regional zu tendenziell höheren Pachtpreisen geführt. Die Landesregierung hat auf diese Entwicklung reagiert und sich bereits im Rahmen der im Jahr 2011 gelaufenen Novellierung des EEG – welche schließlich im sogenannten EEG 2012 mündete – für Änderungen im Bereich der Biogaserzeugung eingesetzt. Ein Ergebnis der Novellierung war, dass das Niveau der Einspeisevergütung insgesamt zurückgenommen wurde, sodass seit dem Jahr 2012 nur noch vergleichsweise wenig neue Biogasanlagen in Betrieb gingen.

Mit dem EEG 2017 wurde die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien von der garantierten Festvergütung auf wettbewerbliche Ausschreibungen umgestellt. Die Höhe der Vergütung wird über Auktionen für die jeweiligen Energieträger ermittelt. Der Neubau von Biogasanlagen in Baden-Württemberg hat sich seither stark abgeschwächt. Derzeit werden keine Biogasanlagen mehr errichtet, die mit Energiepflanzen betrieben werden, sondern nur noch Anlagen für Rest- und Abfallstoffe wie Gülle, Festmist und Bioabfall.

5. *Welcher Gesamtwert an Zahlungsansprüchen aus der sogenannten ersten Säule (Basis-, Greening-, Umverteilungs- und Junglandwirteprämie, ohne Marktordnungsausgaben) entfiel nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 auf 0,1, 0,2, 0,5, 1, 2, 5, 10, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 75, 80, 90 und 100 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe (Nennung bitte absteigend mit den 0,1 größten Prozent beginnend, mit der Zahl der betreffenden Betriebe)?*

Zu 5.:

Hinweis: Zahlungsansprüche sind Voraussetzung für den Erhalt von Direktzahlungen, sie sagen aber nichts über die Höhe der tatsächlich ausbezahlten Gelder aus. Entsprechend werden in den Antworten zu den Ziffern 5 bis 10 die Auszahlungsbeträge dargestellt.

Die nachfolgenden Tabellen 4 bis 6 geben einen Überblick über die Direktzahlungen in den Jahren 2015, 2016 und 2017, die sich auf der Basis-, der Umverteilungs-, der Greening-, der Junglandwirte-, und zum Teil der Kleinerzeugerprämie zusammensetzen. Die Auswertungen wurden auf Datenbasis des Gemeinsamen Antrags für die genannten Jahre erstellt.

Tabelle 4: Direktzahlungen (DZ) 2015

Prozentsatz %	Betriebe		Landwirtschaftlich genutzte Fläche ha	Basisprämie EUR	Umverteilungs- prämie EUR	Greeningprämie EUR	Jugland- wirteprämie EUR	Kleinerzeu- gerprämie EUR	DZ Summe Sp.4-8 EUR
	Anzahl								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
0,1	43	30.166	4.880.164	84.524	2.580.202	19.646	-	7.564.537	
0,2	86	44.367	7.138.229	169.048	3.800.343	39.293	-	11.146.914	
0,5	214	78.661	12.616.822	420.656	6.745.381	106.091	-	19.888.949	
1,0	428	125.569	20.090.209	841.293	10.773.873	208.251	-	31.913.625	
2,0	856	202.792	32.416.127	1.682.534	17.374.363	436.150	-	51.909.174	
5,0	2.140	377.325	60.269.577	4.206.362	32.354.292	1.280.945	-	98.111.176	
10,0	4.280	589.807	94.210.005	8.410.827	50.551.651	2.254.899	-	155.427.382	
20,0	8.560	878.688	140.294.400	16.821.489	75.249.675	3.225.599	-	235.591.164	
25,0	10.700	982.624	156.858.422	20.994.571	84.114.634	3.519.911	-	265.487.538	
30,0	12.840	1.067.740	170.416.119	24.781.250	91.361.446	3.791.609	-	290.350.423	
40,0	17.120	1.194.581	190.570.533	30.911.156	102.180.359	4.121.074	-	327.784.372	
50,0	21.400	1.279.151	203.933.949	35.059.405	109.432.326	4.409.041	-	352.835.970	
60,0	25.680	1.338.781	213.342.122	37.977.093	114.566.237	4.570.469	-	370.457.171	
70,0	29.960	1.378.554	219.630.209	39.909.878	117.977.713	4.679.723	-	382.200.024	
75,0	32.100	1.392.855	221.891.924	40.602.620	119.203.872	4.712.731	-	386.413.647	
80,0	34.240	1.403.866	223.615.715	41.129.390	120.144.188	4.738.439	-	389.630.232	
90,0	38.520	1.420.666	224.676.496	41.455.182	120.752.365	4.750.676	2.413.216	394.050.435	
100,0	42.800	1.428.326	225.135.697	41.597.311	121.026.356	4.755.780	3.648.430	396.163.574	

Quelle: Interne Auswertung

Tabelle 5: Direktzahlungen (DZ) 2016

Prozentsatz %	Betriebe		Landwirtschaftlich genutzte Fläche ha	Basisprämie EUR	Umverteilungs- prämie EUR	Greeningprämie EUR	Jugland- wirteprämie EUR	Kleinerzeu- gerprämie EUR	DZ Summe Sp.4-8 EUR
	Anzahl								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
0,1	42	30.152	4.877.507	81.313	2.556.167	15.722	-	7.530.710	
0,2	85	44.604	7.166.703	166.534	3.792.861	50.965	-	11.177.063	
0,5	211	78.857	12.597.757	414.604	6.726.922	141.293	-	19.880.575	
1,0	423	126.320	20.104.778	835.184	10.779.546	298.515	-	32.018.022	
2,0	845	203.388	32.309.839	1.672.752	17.349.247	640.471	-	51.972.309	
5,0	2.114	378.450	59.990.745	4.190.592	32.293.918	1.732.951	-	98.208.206	
10,0	4.227	591.582	93.662.694	8.384.345	50.431.407	3.153.134	-	155.631.581	
20,0	8.454	881.193	139.400.163	16.769.643	75.026.912	4.393.790	-	235.590.508	
25,0	10.568	984.892	155.740.326	20.929.899	83.815.127	4.770.711	-	265.256.063	
30,0	12.681	1.069.885	169.114.687	24.711.771	90.996.210	5.038.301	-	289.860.969	
40,0	16.908	1.196.104	188.944.356	30.831.032	101.675.348	5.431.121	-	326.881.857	
50,0	21.135	1.279.755	202.061.012	34.951.044	108.783.147	5.728.265	-	351.523.468	
60,0	25.362	1.338.684	211.270.833	37.843.924	113.795.985	5.899.948	-	368.810.690	
70,0	29.589	1.378.274	217.425.603	39.763.701	117.134.516	6.022.688	-	380.346.508	
75,0	31.703	1.392.591	219.657.667	40.455.935	118.340.646	6.056.280	-	384.510.528	
80,0	33.816	1.403.649	221.366.085	40.984.342	119.263.058	6.082.089	-	387.695.573	
90,0	38.043	1.419.399	222.543.381	41.348.586	119.899.664	6.098.618	2.137.542	392.027.790	
100,0	42.270	1.427.018	223.041.778	41.502.455	120.172.888	6.105.095	3.307.018	394.129.234	

Quelle: Interne Auswertung

Tabelle 6: Direktzahlungen (DZ) 2017

Prozentsatz %	Betriebe		Landwirtschaftlich genutzte Fläche ha	Basisprämie EUR	Umverteilungs- prämie EUR	Greeningprämie EUR	Jugland- wirteprämie EUR	Kleinerzeu- gerprämie EUR	DZ Summe Sp.4-8 EUR
	Anzahl								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
0,1	42	30.091	4.966.373	83.944	2.501.116	19.645	-	7.571.078	
0,2	84	44.296	7.276.569	167.897	3.667.522	47.148	-	11.159.136	
0,5	210	78.551	12.861.235	419.734	6.547.823	141.443	-	19.970.235	
1,0	420	125.668	20.530.544	839.458	10.520.855	306.462	-	32.197.318	
2,0	839	202.493	33.025.900	1.676.923	16.892.096	683.646	-	52.278.564	
5,0	2.098	377.117	61.418.963	4.193.454	31.418.791	1.842.272	-	98.873.480	
10,0	4.197	591.014	96.174.999	8.387.062	48.851.887	3.387.648	-	156.801.596	
20,0	8.393	882.244	143.418.856	16.774.180	72.841.387	4.835.471	-	237.869.894	
25,0	10.492	986.393	160.289.089	20.939.186	81.383.992	5.254.577	-	267.866.844	
30,0	12.590	1.071.369	174.035.237	24.735.235	88.338.290	5.572.582	-	292.681.344	
40,0	16.787	1.196.875	194.267.821	30.844.335	98.681.698	6.001.912	-	329.795.766	
50,0	20.984	1.279.343	207.538.899	34.935.738	105.497.405	6.323.586	-	354.295.629	
60,0	25.180	1.337.332	216.831.382	37.795.069	110.299.098	6.497.066	-	371.422.614	
70,0	29.377	1.376.179	223.026.501	39.689.322	113.504.147	6.620.938	-	382.840.908	
75,0	31.475	1.390.307	225.272.584	40.371.609	114.664.070	6.656.749	-	386.965.012	
80,0	33.574	1.401.179	226.995.058	40.894.425	115.547.697	6.686.651	-	390.123.831	
90,0	37.770	1.416.615	228.228.154	41.267.600	116.182.068	6.704.359	2.043.680	394.425.862	
100,0	41.967	1.424.164	228.770.445	41.430.944	116.464.194	6.711.812	3.146.222	396.523.617	

Quelle: Interne Auswertung

6. Welcher Gesamtwert an Zahlungsansprüchen aus der sogenannten ersten Säule (nur Marktordnungsausgaben) entfiel nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 auf 1, 2, 5, 10, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 75, 80, 90 und 100 Prozent der Empfänger (bitte auflisten nach Branche und Zahl der Empfänger absteigend mit den 1 größten Prozent beginnend)?

Zu 6.:

Auf den einleitenden Hinweis in Ziffer 5 wird verwiesen.

2017 wurden folgende Marktordnungsausgaben getätigt:

Milchverringerungsbeihilfe: Diese wurde in zwei Runden ausbezahlt. In der 1. Runde wurden an 673 Antragsteller 1.198.093,20 Euro ausbezahlt. In der 2. Runde entfielen 27.900,96 Euro auf 112 Antragsteller. Gesamtauszahlung: 1.225.987,86 Euro für 785 Antragsteller.

Milchsonderbeihilfe: Auf Baden-Württemberg entfielen insgesamt 8.496.499 Euro. Die Beihilfe aus diesem Hilfspaket betrug pro Betrieb durchschnittlich 3.889 Euro.

Schulfrucht und Schulmilch, Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen, GMO Obst und Gemüse: Die Ausgaben können aus den nachfolgenden Tabellen 7 bis 9 entnommen werden.

Tabelle 7: Marktordnungsausgaben 2014

MN-Nr.	Maßnahme	2014	in % der	Anzahl
		Ausgaben in Euro	Gesamtsumme	
30	Schulfrucht	2.264.727,26	9,45	132
62	Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen	5.448.143,18	22,74	1.961
63	Schulmilch	145.110,68	0,61	14
67	GMO Obst und Gemüse	11.952.299,88	49,89	5
89	Weinbau Investiv	4.144.891,52	17,30	40
	Gesamtsumme der Maßnahmen	23.955.172,52		
	<i>Gesamtzahl aller Empfänger</i>			2.152

Quelle: interne Auswertung

Tabelle 8: Marktordnungsausgaben 2015

MN-Nr.	Maßnahme	2015	in % der	Anzahl
		Ausgaben in Euro	Gesamtsumme	
30	Schulfrucht	3.435.313,80	15,56	184
62	Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen	3.432.775,27	15,54	1.413
63	Schulmilch	126.927,63	0,57	12
67	GMO Obst und Gemüse	6.934.749,66	31,40	5
89	Weinbau Investiv	8.155.142,43	36,93	68
	Gesamtsumme der Maßnahmen	22.084.908,79		
	<i>Gesamtzahl aller Empfänger</i>			1.682

Quelle: interne Auswertung

Tabelle 9: Marktordnungsausgaben 2016

MN-Nr.	Maßnahme	2016		Anzahl
		Ausgaben in Euro	in % der Gesamtsumme	
30	Schulfrucht	5.700.696,74	23,47	202
62	Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen	4.156.876,10	17,11	1.488
63	Schulmilch	119.879,44	0,49	12
67	GMO Obst und Gemüse	7.272.847,18	29,94	5
89	Weinbau Investiv	7.042.304,90	28,99	83
Gesamtsumme der Maßnahmen		24.292.604,36		
Gesamtzahl aller Empfänger				1.790

Quelle: interne Auswertung

Die Darstellung in der formulierten Differenzierung und Detailtiefe ist aufgrund der verfügbaren Datengrundlage nicht möglich.

7. Welcher Gesamtwert an Zahlungsansprüchen aus folgenden Programmen der sogenannten zweiten Säule, nämlich Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT), Landschaftspflegerichtlinie (LPR) und Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete (AZL) entfiel nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 auf 0,1, 0,2, 0,5, 1, 2, 5, 10, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 75, 80, 90 und 100 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe (absteigend mit den 0,1 größten Prozent, beginnend mit der Zahl der betreffenden Betriebe)?

Zu 7.:

Auf den einleitenden Hinweis in Ziffer 5 wird verwiesen.

Die Anzahl der Betriebe, die landwirtschaftlich genutzte Fläche und die Ausgleichszulagen der Förderprogramme AZL, FAKT und LPR wird für die Jahre 2015, 2016 und 2017 in den nachfolgenden Tabellen 10 bis 12 dargestellt.

Tabelle 10: Anzahl Betriebe, landwirtschaftlich genutzte Fläche und Auszahlungen bei FAKT, LPR, AZL 2015

Prozentsatz %	Betriebe Anzahl	Landwirtschaftlich genutzte Fläche ha	AZL (Mass_0003)	FAKT (Mass_0013)	LPR (Mass_0027)	DZ Summe Sp.4-6
			EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	9
0,1	29	14.871	427.702	1.327.452	1.760.244	3.515.398
0,2	59	21.828	737.550	2.320.380	2.754.872	5.812.803
0,5	147	37.689	1.490.169	4.997.839	4.213.925	10.701.933
1,0	294	58.134	2.520.492	9.202.894	5.160.449	16.883.835
2,0	588	92.665	4.084.867	15.632.436	6.552.485	26.269.789
5,0	1.471	171.836	7.362.985	29.175.502	8.825.212	45.363.698
10,0	2.942	280.958	11.400.775	43.083.840	10.730.070	65.214.686
20,0	5.884	457.534	16.858.589	58.546.930	13.112.236	88.517.755
25,0	7.355	528.275	18.745.780	63.667.741	13.824.646	96.238.168
30,0	8.826	593.241	20.469.940	67.603.815	14.401.140	102.474.896
40,0	11.768	712.424	23.138.415	73.528.912	15.252.093	111.919.420
50,0	14.711	816.530	25.246.744	77.471.566	15.814.662	118.532.972
60,0	17.653	904.377	26.810.254	80.164.007	16.260.676	123.234.937
70,0	20.595	986.481	27.872.566	82.066.067	16.592.635	126.531.268
75,0	22.066	1.023.780	28.291.302	82.767.904	16.713.626	127.772.833
80,0	23.537	1.058.219	28.615.971	83.354.874	16.826.226	128.797.070
90,0	26.479	1.119.523	29.074.452	84.235.442	16.982.941	130.292.834
100,0	29.421	1.169.471	29.356.936	84.719.373	17.119.545	131.195.854

Quelle: interne Auswertung

Tabelle 11: Anzahl Betriebe, landwirtschaftlich genutzte Fläche und Auszahlungen bei FAKT, LPR, AZL 2016

Prozentsatz	Betriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche	AZL (Mass_0003)	FAKT (Mass_0013)	LPR (Mass_0027)	DZ Summe Sp.4-6
%	Anzahl	ha	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	9
0,1	30	15.247	502.100	1.140.436	2.494.947	4.137.483
0,2	60	22.857	821.671	2.313.680	3.505.849	6.641.200
0,5	149	38.518	1.489.486	5.216.405	5.371.481	12.077.373
1,0	299	60.043	2.469.603	9.966.706	6.401.794	18.838.103
2,0	597	96.226	4.125.824	17.017.462	7.888.690	29.031.975
5,0	1.494	177.953	7.483.121	31.986.912	10.455.139	49.925.171
10,0	2.987	292.959	11.588.427	47.390.501	12.573.406	71.552.334
20,0	5.974	473.210	17.078.089	64.565.246	15.206.722	96.850.057
25,0	7.468	548.220	19.053.047	70.142.338	15.998.448	105.193.833
30,0	8.961	615.335	20.743.233	74.541.263	16.663.193	111.947.689
40,0	11.948	733.144	23.378.892	81.314.857	17.547.308	122.241.058
50,0	14.936	838.042	25.537.951	85.750.027	18.168.118	129.456.096
60,0	17.923	926.740	27.107.040	88.802.668	18.644.468	134.554.176
70,0	20.910	1.009.624	28.198.902	90.894.678	19.005.540	138.099.119
75,0	22.403	1.047.226	28.605.848	91.666.242	19.146.306	139.418.396
80,0	23.897	1.081.338	28.943.121	92.305.618	19.251.550	140.500.289
90,0	26.884	1.141.208	29.396.943	93.255.696	19.420.920	142.073.558
100,0	29.871	1.190.572	29.678.427	93.776.106	19.554.358	143.008.891

Quelle: interne Auswertung

Tabelle 12: Anzahl Betriebe, landwirtschaftlich genutzte Fläche und Auszahlungen bei FAKT, LPR, AZL 2017

Prozentsatz	Betriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche	AZL (Mass_0003)	FAKT (Mass_0013)	LPR (Mass_0027)	DZ Summe Sp.4-6
%	Anzahl	ha	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	9
0,1	30	9.652	539.160	919.996	2.592.288	4.051.444
0,2	60	16.559	781.904	1.943.234	3.844.720	6.569.859
0,5	149	32.036	1.463.786	5.107.408	5.460.234	12.031.428
1,0	298	52.968	2.237.469	9.986.490	6.661.186	18.885.144
2,0	595	87.820	3.745.815	17.194.526	8.273.578	29.213.918
5,0	1.488	169.851	7.170.696	32.431.328	10.807.172	50.409.196
10,0	2.975	282.172	11.203.631	47.870.335	13.179.899	72.253.865
20,0	5.951	469.377	16.707.292	64.858.761	16.070.233	97.636.286
25,0	7.438	544.132	18.673.091	70.352.735	16.973.013	105.998.839
30,0	8.926	612.736	20.311.898	74.838.578	17.620.612	112.771.088
40,0	11.901	731.625	22.959.410	81.573.896	18.563.839	123.097.145
50,0	14.877	835.305	25.090.349	86.023.262	19.227.878	130.341.489
60,0	17.852	924.305	26.634.756	89.068.015	19.750.871	135.453.642
70,0	20.827	1.005.202	27.728.600	91.170.910	20.116.203	139.015.713
75,0	22.315	1.043.000	28.149.439	91.947.897	20.252.067	140.349.403
80,0	23.802	1.076.184	28.483.799	92.608.316	20.349.006	141.441.121
90,0	26.778	1.135.681	28.928.492	93.571.687	20.529.429	143.029.608
100,0	29.753	1.184.839	29.217.894	94.099.846	20.656.204	143.973.945

Quelle: interne Auswertung

8. Welcher Gesamtwert an Zahlungsansprüchen aus dem Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT), daraus Maßnahmenbereich D „Ökologischer Landbau“ entfiel nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 auf 0,1, 0,2, 0,5, 1, 2, 5, 10, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 75, 80, 90 und 100 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe (absteigend mit den 0,1 größten Prozent beginnend, bitte Auflistung getrennt nach Einführung Ökolandbau Ackerbau/Grünland, Gartenbau, Dauerkulturen sowie Beibehaltung Ökolandbau Ackerbau/Grünland, Gartenbau, Dauerkulturen, mit der Zahl der betreffenden Betriebe)?

Zu 8.:

Auf den einleitenden Hinweis in Ziffer 5 wird verwiesen.

Im Förderprogramm für Agrarumwelt, Klima und Tierwohl (FAKT) gibt es keine Zahlungsansprüche wie bei den Direktzahlungen aus der ersten Säule. Daher kann in den nachfolgenden Tabellen 13 bis 15 nur die Anzahl der Anträge in den jeweiligen Fördermaßnahmen sowie der geförderte Flächenumfang dargestellt werden.

Tabelle 13: Anzahl Anträge und geförderter Flächenumfang für die Maßnahme „Ökologischer Landbau“ 2015

Prozentsatz	Betriebe	ha LF FAKT D2 Ökolandbau	Ackerbau/ Grünland	Gartenbau	Dauerkulturen	Kontroll- nachweis	Summe FAKT D2 Ökolandbau
%	Anzahl	ha	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	4	5	6	7	8	9
0,1	3	824	171.815	-	85.594	1.800	259.209
0,2	6	1.514	315.848	422	155.760	3.600	475.630
0,5	14	3.366	749.036	27.314	155.760	8.400	940.509
1,0	29	6.076	1.343.937	86.253	257.569	17.400	1.705.159
2,0	58	10.569	2.344.190	145.015	433.620	34.800	2.957.625
5,0	145	21.302	4.791.230	239.453	725.785	87.000	5.843.467
10,0	289	35.084	7.980.633	334.209	981.666	173.400	9.469.908
20,0	578	54.722	12.502.386	520.675	1.351.466	346.200	14.720.727
25,0	723	62.397	14.274.727	585.771	1.489.668	432.600	16.782.766
30,0	868	68.626	15.678.692	613.799	1.749.198	519.600	18.561.288
40,0	1.157	79.316	18.143.243	685.035	1.981.492	693.000	21.502.770
50,0	1.446	87.279	19.973.034	764.596	2.138.204	864.955	23.740.789
60,0	1.735	93.163	21.334.846	814.474	2.234.274	1.033.838	25.417.432
70,0	2.024	97.575	22.348.369	841.466	2.345.153	1.198.343	26.733.332
75,0	2.169	99.273	22.735.988	856.287	2.390.068	1.280.302	27.262.644
80,0	2.314	97.575	22.348.369	841.466	2.345.153	1.198.343	26.733.332
90,0	2.603	102.605	23.499.460	886.106	2.467.431	1.485.925	28.338.922
100,0	2.892	103.317	23.653.635	900.444	2.503.094	1.550.088	28.607.261

Quelle: interne Auswertung

Tabelle 14: Anzahl Anträge und geförderter Flächenumfang für die Maßnahme „Ökologischer Landbau“ 2016

Prozentsatz	Betriebe	ha LF FAKT D2 Ökolandbau	Ackerbau/ Grünland	Gartenbau	Dauerkulturen	Kontroll- nachweis	Summe FAKT D2 Ökolandbau
% 1	Anzahl 2	ha 4	EUR 5	EUR 6	EUR 7	EUR 8	EUR 9
0,1	3	865	184.524	-	92.150	1.800	278.474
0,2	6	1.549	331.047	218	162.310	3.600	497.175
0,5	16	3.696	826.701	42.498	207.143	9.600	1.085.942
1,0	32	6.421	1.425.117	96.389	366.089	19.200	1.906.796
2,0	63	11.372	2.576.659	184.778	453.276	37.800	3.252.512
5,0	158	23.225	5.348.821	304.398	737.265	94.800	6.485.284
10,0	316	38.417	8.947.600	371.778	1.066.580	189.000	10.574.958
20,0	632	60.321	14.130.863	532.148	1.473.590	378.000	16.514.601
25,0	790	68.667	16.085.312	628.764	1.647.642	471.600	18.833.318
30,0	948	75.559	17.680.605	688.138	1.882.259	566.400	20.817.403
40,0	1.264	87.308	20.459.761	748.614	2.138.525	756.000	24.102.901
50,0	1.580	95.982	22.503.974	814.836	2.324.124	944.146	26.587.081
60,0	1.896	102.366	24.013.232	863.094	2.445.515	1.126.708	28.448.549
70,0	2.212	107.066	25.114.150	894.410	2.574.458	1.305.800	29.888.818
75,0	2.370	108.866	25.534.730	907.535	2.625.812	1.395.474	30.463.550
80,0	2.528	110.427	25.907.588	917.157	2.645.036	1.484.608	30.954.389
90,0	2.844	112.486	26.384.586	943.560	2.702.323	1.621.930	31.652.399
100,0	3.160	113.275	26.558.058	958.809	2.747.719	1.690.167	31.954.753

Quelle: interne Auswertung

Tabelle 15: Anzahl Anträge und geförderter Flächenumfang für die Maßnahme „Ökologischer Landbau“ 2017

Prozentsatz	Betriebe	ha LF FAKT D2 Ökolandbau	Ackerbau/ Grünland	Gartenbau	Dauerkulturen	Kontroll- nachweis	Summe FAKT D2 Ökolandbau
% 1	Anzahl 2	ha 4	EUR 5	EUR 6	EUR 7	EUR 8	EUR 9
0,1	3	859	186.160	-	94.020	1.800	281.979
0,2	7	1.809	401.693	210	164.462	4.200	570.565
0,5	17	3.887	879.786	55.445	222.949	10.200	1.168.380
1,0	35	6.971	1.559.278	162.441	375.519	21.000	2.118.238
2,0	69	12.421	2.844.609	243.861	510.034	41.400	3.639.903
5,0	174	25.503	5.931.171	339.124	964.409	104.400	7.339.104
10,0	347	42.796	10.134.573	434.788	1.193.094	208.200	11.970.655
20,0	695	67.423	16.050.599	608.948	1.702.079	416.400	18.778.025
25,0	869	76.943	18.351.695	674.889	1.853.914	520.200	21.400.697
30,0	1.042	84.550	20.132.458	760.488	2.123.703	623.400	23.640.049
40,0	1.390	97.911	23.374.277	815.486	2.345.963	831.000	27.366.726
50,0	1.737	107.516	25.658.786	909.395	2.585.948	1.037.474	30.191.603
60,0	2.084	114.504	27.336.104	966.433	2.724.525	1.238.535	32.265.597
70,0	2.432	119.714	28.578.632	993.371	2.875.449	1.437.238	33.884.690
75,0	2.606	121.709	29.052.260	1.011.086	2.931.204	1.535.487	34.530.036
80,0	2.779	123.359	29.452.113	1.017.735	2.959.789	1.631.567	35.061.204
90,0	3.127	125.580	29.974.191	1.044.144	3.030.072	1.783.490	35.831.897
100,0	3.474	126.327	30.142.060	1.059.186	3.070.278	1.859.007	36.130.530

Quelle: interne Auswertung

Eine Trennung der Fördermittel für den ökologischen Anbau innerhalb FAKT in Neueinsteiger bzw. Beibehalter und die verschiedenen Teilmaßnahmen im Sinne der Fragestellung ist nur mit erheblichen, zeitaufwändigen zusätzlichen Auswertungen möglich, welche kurzfristig nicht zu leisten sind. Deshalb wurde die Aufteilung kalkulatorisch vorgenommen.

9. Welcher Gesamtwert an Zahlungsansprüchen aus dem Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) entfiel nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 auf 0.1, 0.2, 0.5, 1, 2, 5, 10, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 75, 80, 90 und 100 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe (absteigend mit den 0.1 größten Prozent, beginnend mit der Zahl der betreffenden Betriebe)?

Zu 9.:

Auf den einleitenden Hinweis in Ziffer 5 wird verwiesen.

Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die jährlich in den genannten Jahren eine Investitionsförderung im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) in Anspruch nahmen, liegt bei rund 200 bis 300 Betrieben. Dies liegt unter anderem daran, dass größere zuwendungsfähige Investitionen nicht regelmäßig getätigt werden.

Die Höhe der Zuwendung hängt von der Höhe des zuwendungsfähigen Investitionsvolumens und dem Fördersatz ab. Die Fördersätze beim AFP liegen bei allen Investitionsvorhaben mit Basisförderung bei 20 Prozent. Investitionen, die den baulichen Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung gemäß den Premiumanforderungen entsprechen, können mit 30 Prozent im Bereich Rindvieh sowie 40 Prozent für Projekte in den Bereichen Schweine, Geflügel, Schafen und Ziegen gefördert werden. Junglandwirte können bei den entsprechenden Voraussetzungen seit 2017 zusätzlich einen Zuschuss von 10 Prozent der zuwendungsfähigen Investitionskosten, jedoch maximal 20.000 Euro erhalten. Insgesamt gilt eine prozentuale Förderobergrenze von 40 Prozent.

Die Förderobergrenze für die zuwendungsfähigen Investitionskosten je Unternehmen liegt seit dem Frühjahr 2017 bei 1,5 Mio. Euro. Für Investitionen in Gewächshäuser und für Kooperationen liegt die Förderobergrenze bei 2 Mio. Euro. Diese kann in der Förderperiode 2014 bis 2020 pro Unternehmen einmal ausgeschöpft werden. Bis zum Jahr 2016 lag die entsprechende Förderobergrenze bei 750.000 Euro bzw. 1,5 Mio. Euro für Kooperationen. Das Mindestinvestitionsvolumen beträgt 20.000 Euro zuwendungsfähige Ausgaben.

Aufgrund der beschränkten Fallzahlen erfolgte die Beantwortung der Frage auf Basis der bewilligten Zuwendungen für die Jahre 2015, 2016, 2017.

Eine Auswertung auf tatsächlich ausgezahlte Beträge wird aufgrund mehrerer, sich entsprechend dem Baufortschritt teils über mehrere Jahre erstreckenden Zahlungen je Antrag und Antragsteller nicht vorgenommen.

Die bewilligten Zuwendungsbeträge sind absteigend sortiert und zu 25 Prozentgruppen zusammengefasst. In den Jahren 2015 bis 2017 haben 25 Prozent der Antragsteller zwischen 58 und 72 Prozent der in dem jeweiligen Jahr bewilligten Gesamtzuwendung erhalten. Dies liegt insbesondere an den sehr unterschiedlich geförderten Investitionen und der damit verbundenen großen Bandbreite der Höhe der zuwendungsfähigen Investitionsvolumina.

Tabelle 16: Höhe der Zuwendungen im AFP für die Jahre 2015, 2016, 2017

Jahr	Antragsteller		Höhe der Zuwendungen
	in %	absolut	bewilligt
2015	25	48	11.438.211,00 €
	50	97	17.418.721,00 €
	75	145	19.232.395,41 €
	100	193	19.827.804,61 €
2016	25	50	11.629.203,00 €
	50	100	17.163.139,00 €
	75	150	18.858.145,00 €
	100	200	19.489.430,00 €
2017	25	66	21.400.084,00 €
	50	132	27.433.562,00 €
	75	198	28.912.287,00 €
	100	264	29.561.553,00 €

Quelle: interne Auswertung

10. Welcher Gesamtwert an Zahlungsansprüchen aus der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) entfiel nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 auf 1, 2, 5, 10, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 75, 80, 90 und 100 Prozent der Empfänger (bitte auflisten nach Branche oder Name der öffentlichen Institution und Zahl der Empfänger, absteigend mit den 1 größten Prozent beginnend)?

Zu 10.:

Auf den einleitenden Hinweis in Ziffer 5 wird verwiesen.

Das Land finanziert mit den Mitteln des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) verschiedenste Agrarmaßnahmen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) mit einer Vielzahl von Empfängern. Eine Aufgliederung aller Einzelmaßnahmen ist – zumal in der angefragten Detaillierung – kurzfristig nicht möglich.

In den angefragten Jahren wurden in Baden-Württemberg Mittel der GAK wie folgt für Agrarmaßnahmen an die Empfänger ausgezahlt:

Tab 17: GAK-Mittel für Agrarmaßnahmen im Geschäftsbereich des MLR

Jahr	Zahlungen (Ist) Mio. EUR
2015	83,1
2016	92,7
2017	90,2

Quelle: interne Auswertung

11. Wie viele Betriebe (absolut und prozentual) wären in den Jahren 2015 und 2016 nach Kenntnis der Landesregierung von einer Kappung der flächengebundenen Zahlungen bei 60.000 Euro, 100.000 Euro, 120.000 Euro und 150.000 Euro betroffen gewesen?

12. In welcher Höhe wären dadurch finanzielle Mittel freigesetzt worden?

Zu 11. und 12.:

Aus der nachfolgenden Tabelle 18: Kappung der flächengebundenen Direktzahlungen und freigesetzte Mittel sind die Anzahl der Antragsteller und die Prozentsätze zu entnehmen, die von einer Kappung in den Jahren 2015 und 2016 betroffen gewesen wären.

Tabelle 18: Kappung der flächengebundenen Direktzahlungen und freigesetzte Mittel

Jahr	Kappungsgrenze	Betriebe	Anteil an allen Betrieben	Landwirtschaftlich genutzte Fläche	Basisprämie	Umverteilungsprämie	Greening-prämie	Junglandwirtprämie	Kleinerzeugerprämie	DZ Summe Sp.5-9	DZ mit Kappung	freigesetzte Mittel
1	2	Anzahl	%	ha	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
2015	-	Euro 42.800	100,00	1.430.861	225.082.097	41.580.423	120.989.230	4.755.599	3.481.433	395.891.282	-	-
2015	> 60.000	Euro 235	0,55	83.596	13.407.655	461.934	7.169.294	125.737	-	21.164.619	14.100.000	7.064.619
2015	> 100.000	Euro 39	0,09	28.584	4.629.498	76.662	2.456.926	15.717	-	7.178.802	3.900.000	3.278.802
2015	> 120.000	Euro 21	0,05	20.973	3.413.029	41.279	1.803.702	3.929	-	5.261.940	2.520.000	2.741.940
2015	> 150.000	Euro 10	0,02	15.040	2.456.328	19.657	1.294.062	-	-	3.770.046	1.500.000	2.270.046
2016	-	Euro 42.270	100,00	1.428.326	225.135.697	41.597.311	121.026.356	4.755.780	3.648.430	396.163.574	-	-
2016	> 60.000	Euro 254	0,60	89.250	14.243.458	499.715	7.615.507	168.806	-	22.527.486	15.240.000	7.287.486
2016	> 100.000	Euro 39	0,09	28.939	4.680.046	75.357	2.465.313	15.722	-	7.236.439	3.900.000	3.336.439
2016	> 120.000	Euro 23	0,05	22.102	3.584.622	43.594	1.880.876	-	-	5.509.093	2.760.000	2.749.093
2016	> 150.000	Euro 10	0,02	15.208	2.468.433	19.769	1.300.331	-	-	3.788.534	1.500.000	2.288.534

Quelle: interne Auswertung

13. In welcher Höhe haben Industrie-, Handels- oder andere nichtlandwirtschaftliche Unternehmen oder öffentliche Institutionen nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren 2014, 2015 und 2016 Agrarzahlen erhalten (bitte die 25 Unternehmen mit den höchsten Zahlungen angeben, erstatteter Gesamtbetrag, Summe aller Agrarzahlen und Art der Agrarzahlung – beispielsweise Agrarmarkmaßnahme/Ausfuhrerstattung, Direktzahlung/Greeningprämie)?

Zu 13.:

Auszahlungen haben in den genannten Jahren 2014, 2015 und 2016 nur aktive Landwirte entsprechend der Definition der EU erhalten. Dies wurde bei der Antragstellung aufwändig geprüft. Weitere Differenzierungen sind auf Basis der Datengrundlage des Gemeinsamen Antrages nicht möglich.

14. Welche politischen Positionen hat die Landesregierung in den seit März 2017 (Workshop im Außenministerium in Berlin) laufenden Verhandlungen für die Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik vertreten?

Zu 14.:

Die Landesregierung setzt sich bei der Diskussion zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 dafür ein, dass beide Komponenten – Einkommensunterstützung und Ausgleich für öffentliche Leistungen – erhalten und weiterentwickelt werden. Perspektivisch sollen für gesellschaftliche Leistungen, die nicht über den Markt entlohnt werden, mehr Gelder bereitgestellt werden. Vor dem Hintergrund der Prüfung durch den Landesrechnungshof setzt sich die Landesregierung weiter für eine grundlegende Vereinfachung im Genehmigungs- und Antragsverfahren sowie bei den Kontrollen ein.

15. Zu welchen Terminen in welchen Institutionen waren dabei welche Personen als Verhandlungspartner vom Land als Teilnehmer entsandt?

Zu 15.:

Das Land ist kein direkter Verhandlungspartner bei der Neugestaltung der GAP. Die Verhandlungen werden vom Bund, vertreten durch das BMEL, für Deutschland geführt. Die Länder werden vom Bund über die Verhandlungen informiert. Die Länder haben ihre Position zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 in einem Beschluss des Bundesrates gefasst und diesen an die Bundesregierung übermittelt (Drucksache 731/17).

16. Wie möchte die Landesregierung die Entwicklung des in der Mitteilung von Agrarkommissar Hogan vom 29. November 2017 angestrebten Strategieplans zur Umsetzung der Ziele der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2020 möglichst offen, transparent und unter möglichst frühzeitiger Beteiligung betroffener Bürger, Steuerzahler, Landwirte gestalten und organisieren in Anlehnung an das Verfahren, wie die EU auch öffentliche Konsultationen dazu veranstaltet hat?

Zu 16.:

Auf die Antwort zu Frage 15 wird verwiesen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist weder die Struktur des von der EU-Kommission angedachten Strategieplanes bekannt, noch ob dieser auf Bundes- oder Landesebene angesiedelt sein soll. Daher kann keine Auskunft über eventuelle Informationen und Beteiligungen gegeben werden. Der Landtag wird im Rahmen der Berichte zu EU-Themen über die Vorschläge der EU-Kommission zur GAP nach 2020 informiert.

17. Wie bewertet sie aus ihrer Sicht die aktuelle politische Diskussion um die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik, die unter anderem bei einer „Lunch Debate“ in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg in Brüssel am 24. Januar 2018 von Prof. H. vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung ZEW in Mannheim mit Unterstützung der Bertelsmann-Stiftung oder von EU-Kommissar Oettinger geführt wurde?

Zu 17.:

Bei der genannten Veranstaltung handelte es sich um eine Fremdveranstaltung ohne Beteiligung der Ressorts des Landes. Daher ist der Landesregierung die diesbezügliche Diskussion nicht bekannt.

Die allgemeine Diskussion zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik zeigt das große Interesse der Gesellschaft an diesem Politikfeld.

18. Wie möchte sie insbesondere der Forderung aus der Mitteilung von Kommissar Hogan, auch in der Gemeinsamen Agrarpolitik „zur Migrationsagenda der Europäischen Kommission beizutragen“, im Rahmen des von ihm geforderten Strategieplans nachkommen?

Zu 18.:

Zur Beantwortung dieser Frage verweist die Landesregierung auf den bereits bei Frage 15 erwähnten Beschluss des Bundesrates (Drucksache 731/17). Dieser enthält zur Migration in Ziffer 5 q) folgenden Passus: „Die GAP ist auch Teil der Ziele der Kommission in Hinblick auf einen ausgewogenen und fairen internationalen Handel. Agrarhandels-, Migrations- und Flüchtlingspolitik stehen ebenfalls in einem engen Zusammenhang. Eine künftige GAP soll auch auf die Ursachen der Migration eingehen. Die GAP muss deshalb das Recht auf Nahrung und die Ernährungssouveränität durch faire Wettbewerbsbedingungen und nicht handelsverzerrende Maßnahmen gerade für Menschen in weniger entwickelten Ländern berücksichtigen. Sie muss es zudem der EU-Landwirtschaft ermöglichen, die Chancen global integrierter Agrarmärkte und der weltweit steigenden Nachfrage zu nutzen. Migration kann unter anderem durch Beiträge zur Begrenzung des Klimawandels, verstärkte Austauschprogramme mit Afrika und Technologietransfer in den Ursprungsländern begegnet werden.“

19. Wie gedenkt sie, die Bürger, Steuerzahler und Bauern über diese aktuelle Diskussion zu informieren, die in der Vertretung des Landes stattgefunden hat, deren wesentliche Beiträge jedoch nur in englischer Sprache vorliegen und bisher mit keiner Pressemitteilung der Regierung den Bürgern vermittelt wurden?

Zu 19.:

Bei der genannten Veranstaltung handelte es sich um eine Veranstaltung ohne Beteiligung der Ressorts des Landes. Insofern können Ergebnisse aus dieser Diskussion nicht über Pressemitteilungen oder auf andere Weise übermittelt werden.

Hauk

Minister für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz